

# Staatsaktion nach satirischer Hymne Lehrer wird stundenlang überprüft

Von unserer Heilbronner Redaktion

Der Bankangestellte Josef Weiss aus Murr kassierte für seine „Baden-Württemberg-Hymne“ einschlägiges Lob. Der Studienrat Erhard Jöst aus Heilbronn handelte sich mit seiner Persiflage auf das Werk des Murrers eine fünfstündige Überprüfung durch zwei Abgesandte des Oberschulamtes ein. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wettet gegen diese „weitere Schikane gegen einen ungeliebten Lehrer“, sieht gar „eine neue Qualität in der Auseinandersetzung um die Meinungsfreiheit der Lehrer“ erreicht.

Seine „Ergänzungshymne“ ließ Jöst in der Tageszeitung „Heilbronner Stimme“ als Leserbrief ohne Berufsangabe veröffentlichen. Dabei macht sich der 40jährige seinen Reim auf „Baden-Württemberg, unser Heimatland“: Ein Land, beherrscht von Daimler-Benz und anderen Konzernen, mit Gift und Deponien gefüllt, mit Müll und Kernkraftwerken, in dem die Industrie regiert und schon die Schüler lernen, daß Zucht, Ordnung und Sauberkeit die Lebensfreude stärken“, heißt es in der ersten Strophe.

„Schwarzkranker Wald, reich angefüllt mit Kirchen und Kasernen. Ergänzt wird dies idyllisch bild durch Reben und Raketen“, taucht in der zweiten Strophe auf. Vollends in die Nesseln ministerieller Kritik setzte sich Jöst mit Teil drei seiner satirischen Hymne: „Das Land, aus dem einst Schiller floh, mit Schreibverbot vertrieben, wo sie den Schubart ein Jahrzehnt im düstren Kerker ließen, weil er furchtlos gefördert hat des Volkes Freiheitsstreben. Geschützt durch Stammheims Si-

cherheitstrakt kann man hier fröhlich leben.“

Das Kultusministerium setzte zwei Mitarbeiter des Oberschulamtes in Marsch, weil „von Elternseite eine Beschwerde“ eingegangen sei. Diese eine Beschwerde reichte aus, um fünf Stunden lang zu überprüfen, ob der Unterricht des Studienrats „den Anforderungen von Landesverfassung, Schulgesetz und Lehrplan entspricht“.

Um dabei „ein objektives Urteil“ fällen zu können, „haben die Schulaufsichtsbeamten auch Einsicht in die Tagebücher, Schülerhefte, Klassenarbeiten und Unterrichtsmaterialien genommen“. Außerdem wurden „naturgemäß“ auch Gespräche mit einzelnen Schülern geführt. So berichtete Staatssekretär Theo Balle über die aufsehenerregende Kontrollvisite im Heilbronner Theodor-Heuss-Gymnasium, nachdem der SPD-Landtagsabgeordnete Herbert Moser Aufklärung über diese Aktion verlangt hat. „Mit solchen Maßnahmen der Schulaufsicht“, resümierte Balle, „wird in das Grundrecht des Lehrers auf freie Meinungsäußerung nicht eingegriffen“.

Das sieht die GEW freilich ganz anders. Der Landesvorsitzende Siegfried Vergin hält seit Gerhard Mayer-Vorfelders Amtsantritt die Meinungsfreiheit der Lehrer für eingeschränkt, „wenn die geäußerten Meinungen nicht auf ihrer persönlichen politischen Linie liegen“, schrieb er dem Minister. Was Erhard Jöst widerfuhr, sprengt jede Verhältnismäßigkeit. Der Unterrichtsbesuch sei „allein aufgrund dieses Leserbriefes ermessensfehlerhaft“ gewesen. Absicht, so die GEW, sei letztlich

eine „politische Disziplinierung“ gewesen.

Moser, bildungspolitischer Sprecher der SPD, entdeckte in dem „äußerst bedenklichen Vorgang“ einen „weiteren Beweis für die Illiberalität in diesem Lande“. Die rechtliche Begründung für die Überprüfung sei hanebüchen, es sei nicht erklärt worden, was an Jösts Satire rechtswidrig sei. Moser drängte sich der Verdacht auf, daß das Kultusministerium „Teil des Verfassungsschutzes“ sein könnte. Die Heilbronner „Rollkommando-Methode“ setze die Einschüchterung kritischer Lehrer fort. Moser kündigte weitere Schritte zur Aufklärung des Falles an.

Im Kultusministerium, das sechs Wochen für seine Antwort benötigte, ist Jöst längst hinlänglich bekannt. „Der Studienrat hatte bereits früher bei Eltern die Besorgnis hervorgerufen, er halte einen einseitigen Unterricht“, ließ Balle wissen. Gemeint ist damit eine Affäre, die bundesweit für Furore sorgte. Der promovierte Germanist hatte 1980 seine Vermählungsanzeige in der Bad Mergentheimer „Tauber-Zeitung“ mit einem Heine-Zitat geschmückt: „Und fehlt der Pfaffensegen dabei, die Ehe wird gültig nicht minder.“ Der damalige Stadtrat löste damit regionalen und ministeriellen Zorn aus. Weil er gegen die Beamtenpflicht verstoßen habe, erklärte sein prinzipienfester Vorgesetzter in Stuttgart, wurde er nach Heilbronn versetzt.

Heine hätte ihn warnen können: „Teurer Freund, du bist verloren! Fürsten haben lange Arme, Pfaffen haben lange Zungen, und das Volk hat lange Ohren!“

Hans Georg Frank